

Anfrage an den Magistrat der Kreisstadt Dietzenbach

04.08.2021

Betr.: Nichtöffentliche Sitzungen (hier: Stadtwerke Dietzenbach GmbH)

Unter dem unverfänglichen Titel „Arbeitskreis Kommunalfinanzen“ ist zu einer nichtöffentlichen Sitzung zum Ende des Monats eingeladen worden. Laut Tagesordnung handelt es sich aber vor allem um die finanzielle Situation der Stadtwerke.

Da diese komplexe und mangels ausreichender Informationen auch intransparente Thematik - mit gravierenden Auswirkungen auf den Haushalt und vermutlich auch auf die von den Bürgern zu tragenden Gebühren - in vielen öffentlichen Sitzungen der letzten Monate diskutiert wurde und die SVV im Januar sehr deutlich über die zu erledigenden Aufgaben entschieden hat, ist das jetzt gewählte Format der Entscheidungsvorbereitung mehr als verwunderlich.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Magistrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist vorgesehen, die Stadtverordneten mit ausreichendem Vorlauf vor dem nichtöffentlichen Termin mit den für Mitte des Jahres geforderten Ergebnissen (Jahresabschluss 2019, Sanierungskonzept, Leistungsbeziehungen Stadtwerke/Städt. Betriebe) zu versorgen?
2. Warum wird nicht der normale Gremienlauf mit dem neun Tage später und öffentlich tagenden Haupt- und Finanzausschuss genutzt und man gewährleistet damit eine qualifizierte Vorbereitung in den Fraktionen?
3. Wie will die Verwaltung sicherstellen, dass die Öffentlichkeit über die Ursachen der heutigen Schieflage der Stadtwerke sowie über die weitere Entwicklung informiert wird und sich nicht der Eindruck verfestigt, dass Managementfehler und/oder falsche Entscheidungen der Politik verdeckt werden sollen?
4. Da Ad-hoc-Termine kleine Fraktionen wegen der eingeschränkten personellen Flexibilität beschneiden, fanden die letzten drei nichtöffentlichen Sitzungen ohne unsere Fraktion statt und dies ist auch für die kommende Sitzung zu befürchten.

Es ist deshalb die Frage zu beantworten, ob die unabgestimmte Festlegung von Ad-hoc-Terminen die politische Willensbildung kleiner Fraktionen über Gebühr einschränkt und somit nicht regelkonform ist.

Fraktion FW-UDS

Jens Hinrichsen